

Protokoll der 57. Europaministerkonferenz am 7. März 2012 in Brüssel

Anlage:

- Teilnehmerliste

Begrüßung

Die Vorsitzende Frau StS'in Dunger-Löper begrüßte die Anwesenden. Sie bedankte sich beim Ausschuss der Regionen (AdR) für die Nutzung der Räumlichkeiten.

Herr Generalsekretär Stahl (AdR) begrüßte die Anwesenden und betonte, dass die Kompetenzen der regionalen Körperschaften auch in der aktuellen Krise gewahrt bleiben müssen. Er warb um eine verstärkte Zusammenarbeit der Länder mit dem AdR nicht nur bezüglich Fragen der Subsidiarität, sondern auch im Rahmen der Kohäsionspolitik und des EU2020-Netzwerks. Die deutschen Länder seien eingeladen, am Subsidiaritätsnetzwerk des AdR teilzunehmen.

Die Vorsitzende bedankte sich für die Einladung und kündigte an, den Aufruf zur Kooperation gerne wahrzunehmen.

TOP 1: Aktuelle Entwicklungen aus Sicht der Bundesregierung

Frau StS'in Dunger-Löper wies auf das Bund-Länder-Gespräch zu den Mitwirkungsrechten der Länder bei ESM und Fiskalpakt hin, das am 2. März mit AA und BMF stattgefunden hat und über das auf Arbeitsebene bereits unterrichtet wurde. Sie erinnerte daran, dass weiterhin ein Dissens bezüglich der rechtlichen Einordnung des ESM als Angelegenheit der EU im Sinne von Art. 23 GG bestehe und kündigte an, dass die Gespräche intensiv fortgesetzt werden sollen.

Herr StM Link (AA) begrüßte die Stärke der dezentralen Organisationsstruktur und sprach sich für einen gesteigerten Dialog zwischen Bund und Ländern aus. Wichtig sei ihm, dass Deutschland mit einer Stimme auftrete. Er unterstrich, wie wichtig der Input aus der EMK sei und bot regen Informationsaustausch und Gesprächsbereitschaft an.

Anschließend berichtete StM Link von den Ergebnissen des Europäischen Rates (ER) vom 1./2. März 2012, bei dem seit langem nicht die unmittelbare Krisenbewältigung im Vordergrund gestanden habe. Der Schwerpunkt habe neben der Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung auf Maßnahmen zur Förderung des Wachstums und der Beschäftigung gelegen. Als Prioritäten wurden hierzu die Erhöhung der Beschäftigung, eine Reform des Steuersystems durch die Entlastung des Faktors Arbeit, die Vollendung des Binnenmarkts in Form einer Harmonisierung des digitalen Marktes als auch des Energiemarktes, die Verringerung des Verwaltungsaufwandes und die Beseitigung von Handelshemmnissen genannt. Zur gesonderten Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone führte StM Link aus, dass die BReg bereit sei, den ESM schneller zu befüllen. Bis Ende März soll geklärt werden, ob die finanzielle Ausstattung von EFSF und ESM ausreichend ist. Bezüglich der Verhandlungen zum Schengenbeitritt von Bulgarien und Rumänien sei der J/I-Rat im September mit der Prüfung beauftragt worden, eine Vorwegnahme der Entscheidung sei damit aus Sicht der BReg aber nicht verbunden.

Herr StM Robra (ST) fragte nach der Sicht der BReg bezüglich der Beteiligungsrechte der Länder an der EFSF und am ESM. Unter Hinweis auf einen Artikel von BM Westerwelle in der FTD, in dem ein verstärkter Einsatz der Strukturfonds in den südlichen MS gefordert wird, äußerte er sich besorgt, dass insbesondere der verstärkte Einsatz von Strukturfonds in Griechenland die Rückflüsse nach Deutschland tangieren würde.

Frau StM'in Müller (BY) zeigte sich überzeugt, dass Tschechien im Gegensatz zum Vereinigten Königreich dem Fiskalpakt noch beitreten werde. Sie stellte die Frage nach den Folgen einer Addition von ESM und EFSF. Zudem forderte sie eine Aussprache, in der das Szenario eines Scheiterns der Griechenlandhilfe diskutiert wird und fragte nach den aktuellen Krisenplanungen der BReg für solch einen Fall.

Herr StR Schmidt (HH) wies darauf hin, dass auf Grund der grundgesetzlichen Schuldenbremse die Länder künftig Probleme mit dem Handel und den Zinsen von Anleihen bekommen könnten. Daher schlug er die Schaffung gemeinsamer Anleihen von Bund und Ländern, sog. Deutschlandbonds vor. Zur Verbesserung des negativen Deutschlandbildes insbesondere in Griechenland, schwebte ihm vor, mittels der Handwerkskammer gezielt griechische und spanische Jugendliche auszubilden, dazu wünsche er sich Unterstützung von der BReg. Zudem regte er die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Europe-Direct-Netzwerkes an.

Frau M'in Schwall-Düren (NW) erkundigte sich danach, ob es auf dem ER konkrete Vorschläge zur Wachstumsförderung in Griechenland gegeben habe und ob Möglichkeiten makroökonomischer Koordinierung besprochen worden seien.

Frau StM'in Conrad (RP) fragte nach den Vorstellungen der BReg bzgl. der Mehrheitsfindung zur Ratifizierung des Fiskalpakts und erinnerte an die Forderungen nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Zudem erkundigte sie sich nach den Mithaftungspflichten der Länder im Rahmen der Zusagen des Fiskalpaktes.

Herr StM Link (AA) wies darauf hin, dass die BReg weiterhin der Auffassung sei, dass es sich beim ESM um einen völkerrechtlichen Vertrag handle. Der diesbezügliche BR-Beschluss sei ihm bekannt. Insbesondere müsse man noch über die Frage der Begründungspflicht bei Abweichungen reden. Die BReg teile die Sorge bzgl. der Erhöhung des ESM, dies würde die Glaubwürdigkeit dessen unterminieren, was bisher beschlossen worden sei. Bezüglich der Verhandlungen über die Ausgestaltungen der kommenden Strukturfondsperiode stellte er klar, dass ein Weg gefunden werden müsse, der für die neuen Länder gangbar ist. Dabei werde sich die BReg weiterhin gegen die Schaffung einer neuen Förderkategorie einsetzen. Zu den Fragen zum Szenario eines Scheiterns der Griechenlandhilfen, zur Finanzierung des Europe-Direct Netzwerkes, zu den Schuldenbremsen der Länder als auch zu den Mithaftungsrechten der Länder könne er sich im Detail jedoch noch nicht äußern.

TOP 2: Die Rolle des Europäischen Parlaments (EP) in einer künftigen Vertragsarchitektur

Herr Präsident Schulz (EP) zeigte sich überzeugt, dass es in naher Zukunft keine neue Vertragsarchitektur geben werde. Für einen solchen Fall forderte er aber die vollwertige Beteiligung des EPs. Es stelle sich vielmehr die Frage, ob die EU in ihrer heutigen Form überlebt, das europäische Einigungswerk sei massiv gefährdet. Aus seiner Sicht werde die EU mit einer veränderten Struktur aus der Krise hervorgehen. Er gehe davon aus, dass der Stabili-

tätsmechanismus erhöht werde, auch werde der ESM wohl eine Bankenlizenz bekommen. Im Falle eines Scheiterns der Rettungsbemühungen könnten auch deutsche Gebietskörperschaften Problem mit der Refinanzierung bekommen. Die Glaubwürdigkeit der EU gehe bei den Bürgerinnen und Bürgern derzeit gegen Null. Er zeigte sich überzeugt, dass politische Konstrukte scheitern werden, wenn sie sich nicht auf die Unterstützung der Bevölkerung stützen können. Angesichts der aktuellen Diskussion um Einsparungen in der Kohäsionspolitik, forderte er die Länder auf, sich an dieser Stelle aktiver einzubringen. Präsident Schulz stellte zudem klar, dass er es als Aufgabe des EP ansehe, das demokratische Legitimationsdefizit des ER zu beheben und kündigte eine „lieb gemeinte Kampfansage“ an.

Frau M'in Dr. Schwall-Düren (NW) sprach sich für verstärkte Bemühungen aus, das Bild der EU in der Öffentlichkeit zu fördern. Als Grundvoraussetzung hierfür forderte sie die Stärkung der demokratischen Legitimation der EU und die Nutzung der Gemeinschaftsmethode.

Frau StS'in Beer (HE) sprach sich für eine umfassende und zeitnahe Umsetzung der aktuellen Beschlüsse zur Rettung Griechenlands aus. Weiterer Handlungsbedarf, wie zum Beispiel eine Banklizenz für den ESM, erscheine aktuell nicht notwendig. Eine solche Diskussion um weitere Maßnahmen gefährde die Glaubwürdigkeit der aktuellen Handlungsbeschlüsse.

Frau StM'in Conrad (RP) hätte sich eine stärkere Rolle des EP-Präsidenten bei den Gipfeln gewünscht. Sie begrüßte den sehr rasch nach seiner Wahl zum EP-Präsidenten erfolgten Besuch von Präsident Schulz in Griechenland.

Frau StM'in Müller (BY) warnte vor einer Schwächung der stärkeren MS in der EU, da dies die EU insgesamt schwächen würde. Sie unterstrich die Bedeutung europäischer Solidarität, wies jedoch darauf hin, dass die alleinige Erhöhung der Rettungspakete langfristig nicht zielführend sei, wenn die betroffenen MS nicht konsequent ihre Verschuldung abbauten.

Herr Präsident Schulz (EP) wies auf die EU als Verantwortungsgemeinschaft hin, die allen MS Pflichten auferlege. Die staatliche Finanzierung sollte nicht komplett dem Urteil von Ratingagenturen unterworfen werden. Hinsichtlich der Mehrheitsfindung zur Ratifizierung des Fiskalpaktes sprach er sich gegen Parteitaktiken aus. Zur Diskussion um das Demokratiedefizit der EU wies er darauf hin, dass die volle Beteiligung des EP-Präsidenten u.a. an der BReg gescheitert sei. Bei den Verhandlungen zur finanziellen Vorausschau forderte er die umfassende Einbindung des EP zur Stärkung der demokratischen Legitimation auf EU-Ebene. Zuletzt sprach er den Wunsch aus, dass die BReg sich aktiver gegen das von den Medien geschürte Bild, die reichen MS müssen die armen MS alimentieren einsetzen würde, nicht zuletzt um das EU-Bild in Deutschland zu heben.

Frau Präsidentin Bresso (AdR) begrüßte die Anwesenden. Sie zeigte sich enttäuscht über die Ergebnisse des ER, da beim Fiskalpakt das Gemeinschaftsverfahren nicht zur Anwendung gekommen sei. Zudem komme eine Wachstumsperspektive für die betroffenen MS zu kurz. Da Wachstum vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene stattfände, forderte sie diesbezüglich Nachbesserungen. Ebenso befürwortete sie ein neues System von Eigenmitteln für die EU sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Des Weiteren sprach sie sich für die Fortsetzung der Kohäsionspolitik aus, da sich diese als ein erfolgreiches Mittel zur Reduzierung regionaler Ungleichgewichte bewährt habe. Sie müsse daher eine Politik für alle Regionen sein. Für Anfang Mai kündigte sie eine AdR-Stellungnahme zum Kohäsionsvorschlag der KOM an, wobei sie auf eine rege Beteiligung der Länder hoffe.

Frau Bresso zeigte sich alarmiert, dass die Zustimmung zur EU drastisch gesunken sei und forderte die Länder auf, aktiv im AdR mitzuwirken, um die EU bürgernäher zu gestalten. Dazu wies sie auch auf das für den 31. März geplante Forum des AdR zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI) hin. Die EBI könne ein probates Mittel sein, die Zustimmung zur EU zu erhöhen. Die Länder wurden ferner eingeladen, am 17./18. Okt. 2012 an der Konferenz „EuropeCom“ zur Verbesserung der Vermittlung und Kommunikation der EU mitzuwirken.

TOP 3: Kohäsionspolitik

Die Schwerpunkte der künftigen Kohäsionspolitik wurden in politischer Runde während des Mittagessens mit Kommissar Hahn erörtert.

TOP 4: Energie/Klima

Herr Kommissar Oettinger (KOM) machte darauf aufmerksam, dass die Energiestrategien der Länder in einer Gesamtbetrachtung sich nicht durchgehend ergänzen würden. „Stromautobahnen“ insbesondere vom Norden in den Süden Deutschlands seien notwendig. Es bestünde die Gefahr, dass Nachbarländer wie Polen und Tschechien Stromsperrern aufbauten, wenn überschüssiger Strom aus dem Norden Deutschlands weiterhin über ihre Netze in den Süden Deutschlands transportiert würde. Daher wäre eine klare deutsche Position wünschenswert. In allen Bereichen der Energiewirtschaft, insbesondere bei Energieeffizienz, Energietransport und Energieerzeugung herrsche ein Mangel an Investitionen. Ursache hierfür sei mangelnde Planungssicherheit. Er sprach sich dafür aus, eine deutsche Stromübertragungsnetzgesellschaft zu schaffen, um die geostrategische Lage Deutschlands optimal zu nutzen. Zudem wäre eine eigene Stellungnahme der deutschen Länder zur Energy-Roadmap begrüßenswert.

Bezogen auf die europaweiten Stresstests läge nach der Durchführung der Tests und der baldigen Veröffentlichung der Ergebnisse der Ball wieder bei den MS. Er sprach sich jedoch für die Schaffung gemeinsamer Sicherheitsstandards und -normen aus.

Bezüglich des Themas CCS bat Kommissar Oettinger um eine ergebnisoffene Beratung in Deutschland. Er erinnerte daran, dass Deutschland dem zugestimmt habe und äußerte sich enttäuscht über den innerstaatlichen Konflikt.

Frau M'in Dr. Schwall-Düren (NW) plädierte für eine gemeinsame europäische Energiepolitik und unterstützte die Forderung nach einer eigenen Stellungnahme der Länder zur Energy-Roadmap. Bezüglich des Themas Gebäudesanierung machte sie darauf aufmerksam, dass diese nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Länder erfolgen könne. Hinsichtlich des Themas CCS wies M'in Dr. Schwall-Düren darauf hin, dass hier kein Konflikt zwischen Bund und Ländern bestehe, es bestünden aber unterschiedliche Interessenlagen der Länder. Der Energiemix könne nicht von der europäischen Ebene bestimmt werden, sondern müsse eine nationale Angelegenheit bleiben. Die Vorschläge der KOM seien ihr daher zu nuklearlastig. Hinsichtlich der notwendigen Revision des EURATOM-Vertrages wies sie auf einen Antrag im Bundesrat hin. Europäische Mittel dürften nicht für die Förderung der Nuklearindustrie verwendet werden.

Frau StM'in Conrad (RP) wies darauf hin, dass die Bevölkerung für den Ausbau der regenerativen Energien gewonnen werden müsse, dies könne am besten auf regionaler Ebene erreicht werden. Dafür, wie auch für eine Regionalisierung der Energieerzeugung, wäre die Unterstützung der KOM wünschenswert. Daneben fragte Frau StM'in Conrad, wie die von

der KOM geforderte jährlichen Einsparung von 1,5% der Energieerzeugung aus Sicht der KOM erreicht werden soll.

Herr Kommissar Oettinger (KOM) wies darauf hin, dass die Energiewende in Deutschland ohne den Aspekt der Energieeffizienz und der Gebäudesanierung nicht funktionieren würde. Die geplante, jährliche 1,5% Energieeinsparung solle ein Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz sein und müsse mittels der Schaffung von Anreizen erreicht werden. Er verfolge die Diskussionen um die Fortschreibung des EURATOM-Vertrages aufmerksam, wolle aber zu bedenken geben, dass eine Änderung des Vertrages Einstimmigkeit erfordere, die zurzeit nicht zu erreichen sei. Der Bau von Atomkraftwerken werde durch die KOM nicht gefördert, die Mittel für Kernenergie seien begrenzt auf die Bereiche Sicherheit und Endlager. Somit sei ausgeschlossen, dass ein MS den Bau eines Atomkraftwerkes in einem anderen MS indirekt fördere. Zudem sprach er sich für eine Vernetzung aller Energiesysteme aus, was eine Zusammenführung sowohl großer, überregionaler als auch kleiner, regionaler Netze bedeutete. Die KOM werde ihren Schwerpunkt künftig auf den Aufbau von modernen und intelligenten Netzen sowie auf die Lagerung von Strom legen. Auch solle der Wettbewerb im Strombinnenmarkt ausgebaut werden.

TOP 5: Fiskalpakt

Im Hinblick auf die Beteiligungsrechte der Länder bei ESM und Fiskalpakt stellte die Vorsitzende, Frau StS'in Dunger-Löper (BE) die Frage nach dem weiteren Vorgehen.

Frau StS'in Beer (HE) und Herr Suhr (SL) sprachen sich für eine Fortsetzung der Gespräche in der 6er-Runde unter Vorsitz des Landes BE aus. Es stelle sich noch einmal die Frage einer Beteiligung des Bundesrates an einer Anhörung zu dem Gesetzespaket. Nach den Erfahrungen im Kontext des StabMechG II sei diesmal darauf zu achten, dass der Bundesrat eigene Sachverständige benennen könne und ausreichend Redezeit bekomme, damit das Länderanliegen der Mitwirkungsrechte entsprechend thematisiert werden könne. Vorzugsweise werde eine gemeinsame Anhörung der EU-Ausschüsse von Bundestag und Bundesrat angestrebt, es komme aber auch eine eigene Anhörung des Bundesrates in Betracht.

Frau StS'in Dunger-Löper (BE) stellte Einvernehmen fest, dass die 6-Länder-Gruppe die Gespräche fortführen soll, zunächst im Rahmen einer AG mit dem BMF, später ggf. durch weitere politische Treffen.

TOP 6 Diverses

Frau Dietrich (LB) stellte sich als neue Leiterin des Länderbeobachters (LB) vor und bat um breite Unterstützung der Länder für ihre Arbeit.

Herr StR Schmidt (HH) regte für die Zukunft an, die Arbeit des LB zu evaluieren.

Herr Bruns (HB) wies auf den Mehrwert der Berichte des LB hin, da diese im Gegensatz zu den Drahtberichten der Ständigen Vertretung die Sichtweise der Länder berücksichtigen.

Frau StS'in Dunger-Löper kündigte an, dass nach den erfolgten Bewerbungsgesprächen ein Umlaufbeschluss zur Benennung des stellv. Leiters des LB in den kommenden Tagen versendet würde.

Zum Thema Subsidiaritätsrüge habe sich eine AG im EU-Ausschuss des Bundesrates gebildet. Aufbauend auf die Arbeit der AG, regte sie an, die Thematik bei einer der nächsten EMKs zu beraten.

Als nächsten EMK-Termin in Berlin wurde der 31. Mai 2012 bekannt gegeben.